

Stand: 12. Mai 2023

Eine Zusammenfassung von Positionen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur aktuellen Migrationspolitik der Bundesregierung aus der



Deutschland ist ein starkes und hilfsbereites Land. Unser christliches Menschenbild gebietet die Unterstützung für politisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge. Die anhaltend hohe Hilfsbereitschaft der Bevölkerung unterstreicht diese Haltung eindrucksvoll. Gerade die Kommunen leisten in dieser Zeit Außergewöhnliches, stoßen aber an ihre Belastungsgrenzen.

- Der Bundeskanzler muss die Unterstützung der Kommunen endlich zur Chefsache machen. Er darf nicht länger über ihre Köpfe hinweg entscheiden. Die Kommunen müssen in die Beratungen von Bund und Ländern systematisch eingebunden werden.
- Nur der Bund hat es in der Hand, die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, zu begrenzen. Deshalb muss der Bund den Kommunen über die zugesagten Pauschalen hinaus bei den entstehenden Kosten zur Seite stehen. Die Bundesregierung muss die finanzielle Unterstützung der Kommunen – wie in der Vergangenheit unter der unionsgeführten Bundesregierung auch – nachvollziehbar und dauerhaft regeln, damit die Kommunen Planungssicherheit haben und nicht allein gelassen werden.
- Die irreguläre Migration nach Deutschland muss spürbar reduziert werden. Die Kommunen brauchen Entlastung. Der Akzeptanz der humanitären Verantwortung Deutschlands für tatsächlich Schutzbedürftige wollen wir erhalten. Dafür braucht es jetzt kurzfristig wirksame Maßnahmen:
 - Die Bundesregierung muss die Anreize für einen unbegründeten Asylantrag in Deutschland minimieren und dafür weitere Staaten, wie z.B. die Maghreb-Staaten und Georgien, als sichere Herkunftsstaaten einstufen. Die Grünen müssen ihre Blockadehaltung im Bundesrat endlich aufgeben.
 - Wir brauchen europäisch notifizierte, lageangepasste Kontrollen an den Binnengrenzen zu Polen, Tschechien und zur Schweiz,

solange die zu hohe Zahl illegaler Einreisen anhält. Unerlaubte Einreisen in den Schengen-Raum müssen wir reduzieren, auch durch die Errichtung von Grenzschutzinfrastruktur.

- Die Bundesregierung muss alle Maßnahmen stoppen, die zu weiteren vermeidbaren Belastungen der Kommunen führen. Dazu zählen auch freiwillige Programme zur Aufnahme von zusätzlichen Migranten, wie das über die Ortskräfteaufnahme hinausgehende Sonderaufnahmeprogramm Afghanistan.
- Die Bundesregierung muss ihre vielfach versprochene Rückführungsoffensive für abgelehnte Asylbewerber endlich umsetzen, vor allem bei Straftätern und Gefährdern. Dafür braucht es keine langwierigen Rechtsänderungen, sondern den politischen Willen, alle erforderlichen Hebel einzusetzen.

Die Maßnahmen, die Bundeskanzler Scholz zur Unterstützung der Kommunen vorschlägt, sind offensichtlich völlig unzureichend: Kaum Begrenzung des irregulären Zuzugs, keine schnelle Entlastung der Kommunen, keine weiteren Zusagen für eine langfristig planbare finanzielle Unterstützung.

Nur der Bund hat es in der Hand, den irregulären Zuzug nach Deutschland zu begrenzen. Hierfür finden sich in dem Vorschlagspaket für die MPK kaum Maßnahmen des Bundes, die unmittelbar und kurzfristig wirken, sondern vor allem Aufträge an die Länder und Verweise nach Brüssel. Das Paket enthält viele Vorschläge, die noch langwierig verhandelt werden müssen, deren Erfolg und Wirksamkeit erst in vielen Monaten feststeht und bei denen unklar ist, ob alle drei Koalitionspartner der Ampel sie mittragen werden. Insofern bleibt die Frage, wie ernst die Bundesregierung es mit diesen Vorschlägen meint.

Wir fordern deshalb: Diese Placebo-Politik muss enden. Wir brauchen jetzt:

- Kurzfristig wirksame Maßnahmen für eine Begrenzung des irregulären Zuzugs nach Deutschland.

- Dafür braucht es jetzt europäisch notifizierte, lageangepasste Kontrollen an den Binnengrenzen zu Polen, Tschechien und zur Schweiz, solange die zu hohe Zahl illegaler Einreisen anhält.

o Gemeinsam mit den Staaten und Institutionen der Europäischen Union brauchen wir zudem kurzfristig konkrete Maßnahmen für einen deutlich effektiveren EU-Außengrenzschutz. So können wir eine spürbare Reduzierung der irregulären Migration in die EU erreichen und den binnengrenzkontrollfreien Schengenraum als eine der zentralen Errungenschaften der europäischen Integration erhalten.

- Langfristig planbare und über die bereits zugesagten Pauschalen hinausgehende finanzielle Unterstützung des Bundes für die Kommunen. Solange der Bund die irreguläre Migration nicht effektiv begrenzt und steuert, muss er mindestens die vollständigen Kosten der Unterkunft – einschließlich angemessener und an der Migrationsentwicklung orientierter Vorhaltekosten – übernehmen. Daneben muss der Bund auch die Kosten der Integrationsleistungen in Schule, Kita und Beruf erstatten.

Bearbeitung: Claus Bernhold, stv. Bundesvorsitzender Senioren-Union
Quelle: CDU/CSU-Bundestagsfraktion